

Allgemeine Zeitung

POLITIK RHEINLAND-PFALZ

Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz kritisiert Diätenpläne

Von Bastian Hauck vor 9 Stunden

„Normale Arbeitnehmer können davon nur träumen“: Die rheinland-pfälzischen Abgeordneten müssen wegen der geplanten Diätenerhöhung Kritik einstecken, nicht nur von einer Vertretung.



Die Diäten der Abgeordneten in Rheinland-Pfalz sollen 2019 und 2020 noch einmal steigen. Die Pläne sorgen für Kritik.

Foto: dpa

MAINZ - Der Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz geht mit den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags nach den Plänen zur Diätenerhöhung hart ins Gericht. Der Steuerzahlerbund habe bereits die stufenweise Anhebung der Abgeordnetenentschädigung scharf kritisiert und halte sie „nach wie vor für einen

schweren Fehler“. Von der Anhebung um etwa 1000 Euro in kurzer Zeit „können normale Arbeitnehmer und Landesbedienstete nur träumen“, sagt der Geschäftsführer des Steuerzahlerbunds Rheinland-Pfalz, René Quante.

Abgeordnetengehälter sollen auf knapp 7000 Euro steigen

Neben der stufenweisen Anhebung der Abgeordnetenentschädigung um 1000 Euro bis 2020 kommen voraussichtlich weitere Erhöhungen dazu (diese Zeitung berichtete). Hierfür ist nur noch ein Beschluss im Parlament erforderlich. Eine Zustimmung im Dezember gilt als sehr wahrscheinlich. Die Steigerungen orientieren sich dann an der Entwicklung des Nominallohnindex in Rheinland-Pfalz. Alles zusammengerechnet sollen die Bezüge zum 1. Januar auf 6735,85 Euro und zum 1. Januar 2020 auf 6992,57 Euro steigen.

Quante meint, es seien Zeiten des politischen Umbruchs. Gerade Politiker-Diäten gehörten zu den Themen, auf die die Bürger sensibel reagieren. Das habe weniger mit Neid, sondern mit einem „verletzten Gerechtigkeitsgefühl zu tun – speziell, wenn der Eindruck einer unverhältnismäßigen Selbstbedienung entsteht“, so der Geschäftsführer. „Insofern sollten sich alle Abgeordneten im Landtag gut überlegen, ob ein unbeirrtes Weiter so beim Diäten-Plan nicht zu viel Vertrauen zerstört. Wer in diesem Jahr die Hand dafür hebt, wird nach der Landtagswahl 2021 womöglich feststellen, dass letztlich andere politische Kräfte von den hohen Diäten profitieren.“

Parlamentwatch: Erhöhung ohne Debatte ist falsch

Die Vereinigung lehne jedenfalls das Indexverfahren „strikt“ ab. Die Landtagsmitglieder würden damit einer unangenehmen Diskussion aus dem Weg gehen wollen. Stattdessen setze man sich für eine überparteiliche Diätenkommission mit Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern und Kirchen ein. Zukünftige Diätenerhöhungen könnten so auf Grundlage einer Kommissionsempfehlung beschlossen werden, sagt Quante.

Neben dem Steuerzahlerbund gibt es auch vom Hamburger Verein Parlamentwatch, der auf seiner Online-Plattform abgeordnetenwatch.de Recherchen zu Lobbyismus, Parteispenden und Nebentätigkeiten veröffentlicht, eine Rüge. Zwar sei das Abgeordnetenmandat mit 60 oder mehr Arbeitsstunden eine zeitintensive Tätigkeit. Deshalb sollten Landtagsmitglieder angemessen bezahlt werden. Gegen Diäten, die auf

dem Niveau eines Oberstufendirektors liegen, sei erst einmal nichts einzuwenden.

„Problematisch ist allerdings, wenn Parlamentarier einer unbequemen Diskussion über ihre Diätenerhöhung aus dem Weg gehen wollen“, sagt Sprecherin Léa Briand gegenüber dieser Zeitung. Dass die Bezüge ab 2019 wahrscheinlich jedes Jahr stiegen, ohne dass es eine öffentliche Plenardebatte gebe, halte der Verein für falsch. „Gerade in Zeiten, in denen viele Menschen das Vertrauen in die Politik verloren haben, müssen Politiker Entscheidungen erklären und notfalls öffentlich rechtfertigen“, so die Sprecherin weiter.

Darüber hinaus lehne Parlamentwatch Nebentätigkeiten ab und spreche sich für ein Verbot von zusätzlichen Beschäftigungen aus. Briand: „Unsere Volksvertreter werden vor allem deshalb sehr gut bezahlt, damit sie sich voll und ganz auf ihr Vollzeitmandat konzentrieren können – für Nebentätigkeiten dürfte eigentlich gar keine Zeit bleiben.“